

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 05.10.2022
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 17:57 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
 Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Nadine Molinari
 Frau Stadträtin Karin Rauscher
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
 Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Benedikt Disam
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Markus Herrmann
 Herr Helmut Ott
 Herr Michael Schaumann

Gast

Herr Ortschaftsrat Stefan Struzyna

Abwesend:**CDU**

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle
 Herr Stadtrat Christof Preiß
 Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Alexander Hamler

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Neuwahl der stellvertretenden Ortsvorsteher/innen Bargau
- 2** Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung
Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
- 3** Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd" und Bestellung der Stellvertreter der Betriebsleitung
- 4** Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebs Fernwärme II Bettringen Nordwest
- 5** Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb
"Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest"
- 6** Erster Nachtragswirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs "Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest"
- 7** Jahresabschluss 2021 der Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft mbH (VGW mbH)
- 8** Umlegungsanordnung für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen", Gemarkung Bargau gemäß § 46 Abs. Baugesetzbuch (BauGB)
- 9** Änderung der Gemeindegrenze zwischen der Gemeinde Böbingen und der Stadt Schwäbisch Gmünd, Gemarkung Herlikofen - Flur Zimmern im Flurbereinigungsverfahren „Böbingen an der Rems“ – Ostalbkreis
- 10** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 C "Waldau Wasen", Gemarkung Großdeinbach, Flur Waldau
- Satzungsbeschluss
- 11** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 12** Bekanntgaben
- 12.1** Verstetigung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Stadtgebiet
- 12.2** Gas - Informationsschreiben an Kunden
- 12.3** Kommunale Wärmeplanung
- 12.4** Umbenennung des Bau- und Umweltausschusses in Klima-, Energie- und Bauausschuss (KE-BA)
- 12.5** Grundsteuer C
- 13** Anfragen

- 13.1** Grundsteuer C
- 13.2** Hilfe bei der Vermietung von Objekten
- 13.3** Öffnungszeiten Lindenturm
- 13.4** Gefahrenstellen im Verkehrsbereich
- 13.5** Klima-, Energie- und Bauausschuss
- 13.6** Public Viewing WM
- 13.7** Altpapiersammlung GOA
- 13.8** Kardinal Koch
- 13.9** Spielplatz Kerkerstraße
- 13.10** Broschüre PH
- 13.11** Feinstaubbelastung
- 13.12** Gmünder Forum Mobilität

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest. Er setzt Tagesordnungspunkt 6 und 7 ab. Darüber hinaus liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Neuwahl der stellvertretenden Ortsvorsteher/innen Bargau
Vorlage: 170/2022

Protokoll:

Herr Struzyna stellt sich vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt die vom Ortschaftsrat Bargau vorgeschlagenen stellvertretenden Ortsvorsteher/innen wie folgt.

Stefan Struzyna als erster Stellvertreter des Ortsvorstehers,
Barbara Duschek als zweite Stellvertreterin des Ortsvorstehers und
Arno Lingnau als dritter Stellvertreter des Ortsvorstehers.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10, BZA
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung
Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
Vorlage: 169/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:**1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd**

Gemäß § 16 Abs. 3 EigBG in der Fassung vom 08.01.1992 in Verbindung mit § 12 EigBVO vom 07.12.1992 wird der Jahresabschluss 2020 wie folgt festgestellt:

	2020
	€
1.1 Bilanzsumme	82.057.096,22
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	78.795.237,58
- das Umlaufvermögen	3.261.858,64
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	174.983,98
- den Gewinnvortrag aus Vorjahren	0,00
- den Jahresgewinn des laufenden Jahres	32.358,34
- die empfangenen Ertragszuschüsse	19.466.941,45
- die Rückstellungen	4.157.460,48
- die Verbindlichkeiten	58.225.351,97
1.2 Jahresgewinn	32.358,34
1.2.1 Summe Erträge	9.206.641,68
1.2.2 Summe der Aufwendungen	9.174.283,34

2. Gebührenrechtlicher Ausgleich und Verwendung des Jahresüberschusses

- 2.1 Der Jahresüberschuss (Jahresgewinn) in Höhe von 32.358,34 € wird der Gebührenaussgleichsrückstellung zugeführt.
- 2.2 Die Gebührenüberdeckung 2020 in Höhe von 832.358,34 € (Schmutzwasser: 509.428,53 €, Niederschlagswasser: 322.929,81 €) wird gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 KAG auf einen folgenden Kalkulationszeitraum vorgetragen und ist spätestens bis zum Jahr 2025 auszugleichen.

3. Die Betriebsleitung wird für das Jahr 2020 entlastet.**4. Mittelübertragung**

Es werden Finanzierungsmittel für Investitionsmaßnahmen im Vermögensplan in Höhe von 6.738.922 € sowie noch offene Kreditermächtigungen in Höhe von 9.026.000 € von 2020 nach 2021 übertragen:

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd" und Bestellung der Stellvertreter der Betriebsleitung
Vorlage: 155/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der als Anlage 1 beigefügten Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd“ zu.
2. Der Bestellung von Frau Christine Schirle zur Stellvertreterin des kaufmännischen Betriebsleiters und von Herrn Ingo Schwenk zum Stellvertreter des technischen Betriebsleiters wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebs Fernwärme II Bettingen Nordwest
Vorlage: 173/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2021

Für den Eigenbetrieb Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest

Gemäß § 16, Abs. 3, Eig.BG i.d.F. vom 08.01.1992 (GBl. S.22 i. V. mit § 12 Eig.BVO vom 07.12.1992 (GBl. 776) wird der Jahresabschluss 2021 wie folgt festgestellt:

	Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest €
	<hr/>
1.1 Bilanzsumme	2.753.606,42
davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	1.598.059,21
- das Umlaufvermögen	1.155.547,21
davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	-129.017,12
- die Ertragszuschüsse	112.782,64
- die Rückstellungen	11.745,00
- die Verbindlichkeiten	2.758.149,90
1.2 Jahresgewinn/-verlust	78.239,35
1.3 Summe der Erträge	1.846.579,74
1.4 Summe der Aufwendungen	1.768.340,39

2. Entlastung der Werkleitung 2021

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes Fernwärmeversorgung II Bettringen-Nordwest zu.

3. Vortrag des Jahresgewinn 2021 auf neue Rechnung

Der Gemeinderat stimmt dem Vortrag des Jahresgewinns 2021 i.H.v. 78.239,35 € auf neue Rechnung zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest" Vorlage: 157/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der als Anlage 1 beigefügten Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest“ zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Erster Nachtragswirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs "Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest" Vorlage: 161/2022

Protokoll:

Abgesetzt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Jahresabschluss 2021 der Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft mbH (VGW mbH)**
Vorlage: 162/2022

Protokoll:

Abgesetzt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: VGW
nachrichtlich an Amt:

zu 8 **Umlegungsanordnung für das Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen", Gemarkung Bargau gemäß § 46 Abs. Baugesetzbuch (BauGB)**
Vorlage: 130/2022

Protokoll:

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt. Er betont, dass es ein Grundstückstausch und keine Enteignung sei.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es besondere Umstände seien, warum die Eigentümer die Notarverträge noch nicht unterschrieben hätten. Ein Fall sei beispielsweise eine Erbsache.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Einführung. Das Umlegungsverfahren sei nichts Unübliches, das Landratsamt mache dies regelmäßig und habe gute Erfahrungen damit gemacht. Es sei wichtig für die Sicherheit. Man wolle einen Technologiepark. Es sei bereits viel passiert, es würden nur fünf Grundstücke fehlen, man habe auch noch Zeit, um die Grundstücke zu bekommen. Es brauche auch eine entsprechende Vorbereitungszeit. Es sollten nicht fünf Eigentümer das Projekt verhindern, man sei an einer Lösung interessiert. Er appelliert an die Presse, dass man mitteile, dass man verkaufe, ohne dass man sonstige Verfahren anwenden müsse. Bei einem längeren Warten bekomme man nicht mehr für das Grundstück, abwarten bringe daher nichts. Die Fraktion werde zustimmen. Der Eigentümer hätte bei einer Verle-

gung keine Nachteile. Er appelliert, die Grundstücke zu verkaufen und damit in die Zukunft zu investieren. Die Verwaltung habe viel getan, jedoch stehe der 31.12. vor der Tür. Man solle daher den Termin gut vorbereiten, sodass man eine Entscheidung treffen könne, damit das Projekt wegen dem zeitlichen Ablauf nicht in Bedrängnis gerate.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Umlegungsanordnung vielleicht ungewöhnlich sei, aber es sei ein erprobtes Verfahren. Wenn ein Umlegungsbeschluss kommen würde, dann nehme eine neutrale Stelle die Umlegung wahr, dies befürworte man. Die mögliche Umlegung in Aspen folge einer konzertierten Aktion, die man im Gemeinderat bisher mitbegleitet und mitbefördert habe. Es sei daher logisch, wenn die Zeit der Optionsverträge zum Auslaufen komme, dass man die Werkzeuge bereitlege. Daher stehe dem Beschluss nichts entgegen, man würde den Beschluss auch gerne mittragen, sodass das Gebiet, für das viele Überlegungen bestehen würden und viele Planungen gemacht worden seien, auch tatsächlich komme. Was noch fehle sei, dass sich eine Henne zum Legen niederlasse. Man diskutiere in der Fraktion, man habe die Erwartungen an das Gebiet bereits formuliert. Man brauche ein nachhaltiges Industriegebiet und werde dem Beschluss zustimmen.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man den Einstieg in das Umlegungsverfahren ausschließlich vorberaten habe. Man sei mit dem Einstieg in das Umlegungsverfahren einverstanden, es sei verhältnismäßig und angemessen, insbesondere, dass die Vorbereitung des Instruments rechtzeitig erfolge.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass eine Umlegungsanordnung keine Enteignung sei, aber ein massives Instrument, bei dem die Grundstücke entzogen und neu zugeordnet werden würden. Sieben der neun Grundstücke würden zentral im Aspenfeld liegen. Es sei schwer vorstellbar, dass der Technologiepark ohne die Grundstücke realisiert werden könne. Außerdem kritisiert er, dass man erst jetzt informiere. Man habe immer die Aussage bekommen, dass alles nach Plan laufe. Eine Umlegungsanordnung sei ein legitimes, rechtliches Mittel. Aber eines solle klar sein: Völlig indiskutabel sei es, gegen die Eigentümer Stimmung zu machen. Er erkundigt sich, ob Oberbürgermeister Arnold im Ortschaftsrat Bargau tatsächlich gesagt habe, dass die Bargauer mit den Eigentümern reden sollten und ob er Kritiker als Freizeitpartisanen bezeichnet hätte. Wenn dies der Fall gewesen sei, sei er damit zu weit gegangen. Er wolle die Gelegenheit nutzen, um einen Blick auf das Projekt insgesamt zu werfen. Man habe zugestimmt, man habe 1.000 und bis zu 3.000 neue Arbeitsplätze in Aussicht gestellt, was ein starkes Argument sei, da Schwäbisch Gmünd dringend neue zukunftsfähige Arbeitsplätze brauche. Diese seien auch nach zwei Jahren nicht in Sicht. Man habe nur sehr spärlich Informationen erhalten. Die Zustimmung zu Aspen war und sei an Bedingungen geknüpft. Wenn landwirtschaftliche Fläche geopfert werde, müsse dies woanders gespart werden. Dies sei bisher nicht berücksichtigt trotz der Kritik am Flächennutzungsplan. Bis heute habe die Verwaltung kein Gesamtkonzept vorgelegt. Man wolle mit dem Umlegungsverfahren nicht stoppen, möchte den Tagesordnungspunkt aber nutzen, um den Oberbürgermeister an dessen Versprechungen zu erinnern und man solle die Grundstückseigentümer nicht unter Druck setzen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass es wichtig sei, dass man bei Aspen vorwärtskomme. Die Umlegungsanordnung sei kein willkürlicher Akt, diese

Befürchtung müsse man wegschieben. Es sei ein geregeltes Verfahren. Man habe das Industriegebiet einstimmig beschlossen, es sei wichtig, dass man zeitlich nicht in Verzug gerate, daher solle man diesen Beschluss auf jeden Fall fassen. Man sei in so vielen Veränderungsprozessen, hier müsse man dranbleiben. Stillstand sei Rückschritt, es solle zügig durchgezogen werden. Man stimme zu.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass es sich bei der Umlegungsanordnung um ein Grundstücksflächentauschverfahren handle, um ein städtebauliches Gesamtvorhaben umsetzen zu können. Man habe zeitlichen Druck, die Umlegungsanordnung stelle ein Ultima Ratio dar. Dies sei gegeben, die Verwaltung habe sich sehr bemüht, es sei bisher nicht gelungen. Man solle weiterhin konstruktive Gespräche führen, dürfe aber keine Zeit verlieren.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW verweist darauf, dass man es im Bau- und Umweltausschuss/Betriebsausschuss für Stadtentwässerung bereits ausführlich besprochen habe. Es spreche für eine umsichtige Verwaltung, einen Plan B zu haben. Man hoffe dennoch, dass der Ankauf der Grundstücke gelinge. Man werde zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mit einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Für die im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 540 A „Nachhaltiger Technologiepark Aspen“ (Anlage 1a und 1b) liegenden Grundstücke (Anlage 2), Gemarkung Bargau wird gemäß § 46 Abs. 1 BauGB in der jeweils geltenden Fassung die gesetzliche Umlegung von Grundstücken nach den Vorschriften des Vierten Teils (§§ 45 – 79) des BauGB angeordnet. Sie trägt die Bezeichnung „Nachhaltiger Technologiepark Aspen“. Das Umlegungsgebiet entspricht dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans (Anlage 1a).
2. Die Stadt überträgt nach § 46 Abs. 4 BauGB die Befugnis zur Durchführung der Umlegung auf das Landratsamt Ostalbkreis, Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung. Umlegungsstelle nach § 46 Abs. 1 BauGB ist der Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung beim Landratsamt Ostalbkreis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Landratsamt Ostalbkreis, Geschäftsbereich Geoinformation und Landentwicklung die als Anlage 3 beigefügte Vereinbarung zur Übertragung der Befugnis nach § 46 Abs. 4 BauGB abzuschließen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60, 10.4

nachrichtlich an Amt:

zu 9 **Änderung der Gemeindegrenze zwischen der Gemeinde Böbingen und der Stadt Schwäbisch Gmünd, Gemarkung Herlikofen - Flur Zimmern im Flurbereinigungsverfahren „Böbingen an der Rems“ – Ostalbkreis**
Vorlage: 106/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens „Böbingen an der Rems“ vorgesehenen Änderung der Gemeindegrenze zwischen der Gemeinde Böbingen und der Stadt Schwäbisch Gmünd wird zugestimmt. Die Änderungen sind im beiliegenden Lageplan vom 12.05.2022 dargestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 10 **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 C "Waldau Wasen", Gemarkung Großdeinbach, Flur Waldau**
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 164/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man in einem Workshop das Thema Wärmeplanung und Wasser mit den baupolitischen Sprechern erarbeiten wolle.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, mit einer Enthaltung, fassen die Mitglieder des Gemeinderates nachfolgenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 5) dieser Vorlage be-

schlossen.

2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 120 C „Waldau Wasen“ werden entsprechend der Anlage 1 zu dieser Gemeinderatsdrucksache als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung mit Umweltbericht wird in der Fassung vom 24.08.2022 festgestellt (Anlage 4).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 11 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 174/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 12 Bekanntgaben

zu 12.1 Verstetigung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Stadtgebiet

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man im Rahmen der Lärmaktionsplanung auch das Thema Temporeduzierungen in der Innenstadt beraten habe. Man werde es nun umsetzen.

Erster Bürgermeister Baron erläutert die Karte (siehe Anlage). Man wolle in der Asylstraße/Turniergraben das Tempo auf 20 reduzieren, auch im Bereich Höferlesbach und Turmgasse würde man dies so machen. Bei der Hinteren Schmiedgasse würde man 20 vorsehen. Überall dort, wo das Tempo geringer als 30 sei, würde man dies auch so beibehalten. Er äußert, dass es nicht zu weniger Schildern führen werde, unter dem Strich werde man ca. gleich viele Schilder haben. Man erhoffe sich eine Vereinheitlichung. Bei den gelb eingezeichneten Straßen müsse man die Entscheidung zum Lärmaktionsplan abwarten. Man wolle es nun umsetzen. Die Schilder habe man bestellt, die Weißensteiner Straße werde auf Tempo 30 reduziert, die Gutenbergstraße auf Tempo 40, die Klarenbergstraße werde Fahrradstraße.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er es wichtig fände, dass die Fraktionen mitdiskutieren dürfen. Er bittet um Zusendung des Plans. Auch im Arbeitskreis Mobilität habe man bisher nichts vorgestellt. Es seien ein paar Änderungen drin. Er findet es wichtig, dass man mit den Fraktionen diskutieren kommen. Er bittet darum, dass man die Vorlage bekomme. Auch im Arbeitskreis Mobilität sei es bisher nicht vorgestellt worden.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man es beraten und beschlossen habe, man könne an der ein oder anderen Stelle noch nachschärfen, solle nun aber zur Tat schreiten.

Die Fraktionen zeigen sich zum Teil überrascht.

Erster Bürgermeister Baron weist auf den Beschluss vom 09.02.2022 hin.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass es nichts Neues sei und man die Pläne bereits gesehen habe. Er bittet darum, es zügig anzugehen, Details könne man immer noch korrigieren. Eine Tendenz sei gewesen, dass man eine klare Verkehrssituation habe. Man habe es beschlossen und solle weitermachen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass man unschlüssig gewesen sei, ob man Beschluss gefasst habe. Es sei gut, wenn die Verwaltung handle. Es wäre hilfreich, wenn man die Ausführungen auch schriftlich erhalten würde.

Stadtrat Schwab/SPD zeigt sich überrascht, dass die Stadt die Stadträte in die Fortentwicklung der Pläne nicht einbezogen hätte. Er habe das damals ausdrücklich angesprochen. Es müsse schnell zur Umsetzung kommen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen zeigt sich ebenfalls verwundert, dass bereits Schilder bestellt worden seien, ohne dass ein weiterer Austausch, der versprochen worden sei, stattgefunden habe. Man habe im Rahmen des Lärmaktionsplans dar-

über diskutiert, seither sei nichts mehr passiert. Sie weist darauf hin, dass bei den in der Kartierung gelb eingezeichneten Zubringerstraßen nicht generell Tempo 40km/h angeordnet werden könne, insbesondere nicht in der Goethestraße, wo diese Schulwegcharakter habe (zum Hallenbad, Sportplatz), in dem Bereich müsse Tempo 30km/h zwingend gelten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man nun endlich zur Tat schreiten könne. Die Bürger würden darauf warten, am 19.10.2022 werde man im Bau- und Umweltausschuss darüber beraten und anschließend zur Tat schreiten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass man das grundsätzliche Konzept im Februar diskutiert habe. Man solle nochmals diskutieren.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man eine Vorlage erarbeite, vorab könne man den Plan gerne zur Verfügung stellen.

Stadtrat Bläse/CDU findet, dass man nicht überrascht sein dürfe, was nun komme. Man habe es beschlossen bis auf die Altstadt. Man könne gerne nachjustieren, aber nicht komplett das Konzept überarbeiten, weil dann komme man nicht zusammen. Es sei wichtig, dass man nun in die Umsetzung komme.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es nicht die Umsetzung des Lärmaktionsplan sei, hier benötige man noch Geduld, bis man eine Rückmeldung vom Regierungspräsidium bekomme. Es sei der erste Schritt in Sachen Verkehrswende. Er nimmt die Anregung des Südstadtforums auf, die Weißensteiner Straße werde Tempo 40, die Gutenbergstraße Tempo 30 und die Klarenbergstraße werde Fahrradstraße.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 12.2 Gas - Informationsschreiben an Kunden

Protokoll:

Herr Ernst erläutert, dass man Information an die Gaskunden verschickt habe, da man hierzu rechtlich verpflichtet sei. Das Schreiben beinhalte den Gasverbrauch des Vorjahres, den Preis und der zu erwartende Preis 2022 unter den heute bekannten Preisbestandteilen. Auch Einsparmöglichkeiten seien preislich abgebildet. Er äußert seinen Unmut darüber, dass einige der Informationen mittlerweile überholt seien, unter anderem habe man über die Gasumlage informiert, die nun doch nicht kommen würde. Auch die Frage nach der Mehrwertsteuer sei derzeit unklar. Bei den Strompreisen werde es ebenfalls eine Erhöhung geben.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Herr Ernst die Entwicklung der Strompreise am 26.10.2022 im Gemeinderat vorstellen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

zu 12.3 **Kommunale Wärmeplanung**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert den aktuellen Stand zur kommunalen Wärmeplanung. Man habe letztes Jahr im November die Konzeption beauftragt und am 14.02.2022 eine Kick-Off-Veranstaltung gemacht, am 23.11.2022 werde man die Zwischenergebnisse im Gemeinderat vorstellen und diskutieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60, 11
nachrichtlich an Amt:

zu 12.4 **Umbenennung des Bau- und Umweltausschusses in Klima-, Energie- und Bauausschuss (KEBA)**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man den Bau- und Umweltausschuss künftig als Klima-, Energie und Bauausschuss bezeichnen wolle. Er wolle nicht mehr Gremien schaffen, man wolle den Themen mehr Raum geben.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 12.5 **Grundsteuer C**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron erläutert über die Grundsteuer C. Dies sei ein passendes Instrument, um die Belastungen auszugleichen, man bereite es vor.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 13 **Anfragen**

zu 13.1 **Grundsteuer C**

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich nach der Grundsteuer C.

Erster Bürgermeister Baron erläutert ihr die rechtlichen Grundlagen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

zu 13.2 **Hilfe bei der Vermietung von Objekten**

Protokoll:

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es eine Hilfe für überforderte Personen gebe, die ihr Objekt gerne vermieten würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man berate.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass laut Zensus derzeit 10 Prozent der Wohnungen leer stehen würden.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass 10 Prozent rund 3.000 Wohnungen seien. Man kenne die genauen Erhebungsgrundlagen nicht. Man brauche einen Puffer am Wohnungsmarkt. Herr Reuter könne über die aktuellen Entwicklungen gerne im Ausschuss berichten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:

zu 13.3 **Öffnungszeiten Lindenturm**

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach den Öffnungsperspektiven des Lindenturms.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man an der Öffnung dran sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 13.4 **Gefahrenstellen im Verkehrsbereich**

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach den Gefahrenstellen im Verkehrsbereich. Es gebe Geschwindigkeitsüberschreitungen an verschiedenen Straßen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass in der der Donzdorfer Straße viele schadhafte Stellen gebe, bei Senkungen klappere es dann immer. Problematisch sei nicht die Querungshilfe, sondern der Straßenzustand. Man habe auch versucht die Querungshilfe zu verschieben, aber das löse das Problem nicht. Man habe auch die Querung der Donzdorfer Straße, die Hecke eines privaten Eigentümers sei inzwischen zurückgeschnitten, der Spiegel sei daher nicht mehr notwendig. Bei ungünstigen Witterungsverhältnissen beschlage der Spiegel, hier helfe nur ein besonders rücksichtsvolles Fahren. Beim Metlanger Weg sei rechts vor links unattraktiv, es gebe eine hohe soziale Kontrolle. Außerdem hoffe man auf eine Einsicht der Verkehrsteilnehmer. Die Beschwerdelage sei so, dass man es nicht als Problem derzeit erfasse. Die Abkürzung von Metlangen an Straßdorf Süd vorbei Richtung Waldstetten/Rechberg sei keine Abkürzungsstrecke.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 13.5 Klima-, Energie- und Bauausschuss

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, in welchem Ausschuss die Vorlage für den neuen Ausschuss vorberaten werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man den Kurs des BUA ändern müsse. Die Diskussionen im Gremium hätten gezeigt, dass sie nicht zufriedenstellend seien. Es seien die Punkte Klima und Energie, hier habe man Nachholbedarf in der Diskussion, aber auch in der Vorbereitung. Seit letzter Woche hätte man ein neues Klimaschutzgesetz. Darüber hinaus müsse man vernetzter denken. Man werde eine Vorlage erarbeiten und die Hauptsatzung ändern.

Herr Ott erläutert das Verfahren.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass ein weiterer Ausschuss sehr viel Zeit in Anspruch nehme, gerade für kleinere Fraktionen sei dies sehr schwierig. Es sei mit ein Grund, aber nicht der Hauptgrund.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10
nachrichtlich an Amt:

zu 13.6 Public Viewing WM

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob die Stadt ein Public Viewing zur WM plane.

Herr Herrmann führt aus, dass kein Public Viewing von der Stadt geplant werde, es könne aber von der Gastronomie in die Hand genommen werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 13
nachrichtlich an Amt:

zu 13.7 Altpapiersammlung GOA**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass die Erstattung der GOA für Altpapiersammlungen immer weiter gesunken sei, aktuell gebe es 35 Euro pro Tonne. Der Aufwand lohne sich nicht mehr. Man habe das Geld seither für die Jugend genommen.

Stadtrat Geiger/CDU bestätigt die Aussagen von Stadtrat Fritz, sein Verein habe sich bereits vor zwei Jahren zurückgezogen.

Oberbürgermeister Arnold bittet die Kreisräte darum, es im Kreistag zur Sprache zu bringen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:

zu 13.8 Kardinal Koch**Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für die Rücknahme der Einladung des Kardinals Koch. Die Einladung gehe zurück auf einen kleinen katholischen Verein, dessen Geschäftsführer Herr Baron sei. Es heiße, dass Herr Baron die Einladung initiiert habe, daher möchte er sich erkundigen, wie dieser zu den unsachlichen Aussagen stehe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es ein kleiner Verein sei, es sei eigentlich eine positive Sache gewesen. Dass es einen solchen Verlauf genommen habe, sei tragisch. Der Bischof und der Kardinal hätten sich ausgesprochen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 3

zu 13.9 Spielplatz Kerkerstraße**Protokoll:**

Stadtrat Maihöfer/CDU führt aus, dass zwei Spielgeräte auf dem Spielplatz in der Kerkerstraße gesperrt worden seien. Er erkundigt sich, wann diese wieder benutzt werden könnten.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man einen Spielplatzkontrolleur habe. Es seien Sicherheitsmängel festgestellt worden, daher seien die Spielplätze kurzfristig gesperrt worden. Man prüfe, wann diese wiedereröffnet werden würden.

Stadtrat Geiger/CDU findet, dass die Spielplätze ein Dilemma seien.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 13.10 Broschüre PH

Protokoll:

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen weist daraufhin, dass die ausgelegte Broschüre der PH kein Veröffentlichungsdatum enthalte.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man die Broschüre von der PH erhalten habe. Auf Seite 17 sei der Hinweis auf den 17.02.2022 zu finden. Er erläutert, dass man der PH mit dem städtebaulichen Rahmenplan Hardt eine Entwicklungschance präsentiere. Die PH arbeite schon lange auf den Abbau eines Flächendefizits hin.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass die PH Schwäbisch Gmünd die älteste in Baden-Württemberg sei. Die PH stehe vor ihrem 200-jährigen Jubiläum. Man solle dieses vor allem dazu nutzen, um vorzuschauen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:

zu 13.11 Feinstaubbelastung

Protokoll:

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich nach der aktuellen Feinstaubbelastung. Manche Städte würden künftig herausgenommen werden, er möchte wissen, ob Schwäbisch Gmünd hierzu ebenfalls zähle.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass dies das Regierungspräsidium derzeit prüfe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 13.12 Gmünder Forum Mobilität

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen spricht ein Lob an Amt 11, insbesondere an Frau Tamm, für das Gmünder Forum Mobilität aus. Es sei das erste Forum, das wirklich das Thema nachhaltige Mobilität zum Thema gemacht habe. Er wünscht sich eine frühere Einbeziehung.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Anregung, die man gerne aufnehme. Die Planungen sollen künftig früher vorgestellt werden, sodass der Ausschuss einbezogen werden könne. Man nehme es auf Wiedervorlage im Februar.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: